

STÄDTETAG I

Warung vor Experimenten an der Gewerbesteuer

Frankfurt/M. (mun): Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), hat sich erneut scharf gegen Experimente an der Gewerbesteuer ausgesprochen, wie sie einigen der Beteiligten an der Gemeindefinanzkommission offenbar vorschweben (siehe dazu auch ab Seite 60 in diesem Heft den Fachartikel von Britta Haßelmann). Nach neuesten Erkenntnissen des kommunalen Spitzenverbandes wird sich bei den Kommunen für 2010 ein Rekorddefizit von 15 Milliarden Euro ergeben und nicht nur 12 Mrd. wie bisher erwartet. Da gäbe es keine Spielräume mehr, um entlang der Steuerachse zu experimentieren.

Roth wörtlich: „Unsere Haushalte sind völlig überstrapaziert. Deshalb ist es gut, dass die Kanzlerin jetzt weiteren Steuer-senkungen für die nächste Zeit eine Absage erteilt hat. Aber auch Experimente an der wichtigsten Steuer der Städte, der Gewerbesteuer, bergen große Gefahren und stoßen auf unsere Ablehnung.“ Nach neuen Ergebnissen der Steuerschätzung werden die Steuereinnahmen der Kommunen 2010 bundesweit auf 65,5 Mrd. Euro sinken. Sie lagen 2008 noch bei 77 Mrd. Euro. Nach Meinung des Deutschen Städtetages beruht dieser Steuerrückgang etwa zur Hälfte nicht auf der Konjunktur, sondern auf Steuerrechtsänderungen durch die Bundesregierung.

Das bundesweite Gewerbesteueraufkommen erreicht 2010 voraussichtlich nur 31,2 Mrd. Euro brutto und sinkt damit gegenüber dem schon schlechten Vorjahr noch um 3,7%. Die zur Zeit in der Gemeindefinanzkommission geprüfte Alternative zur Gewerbesteuer nannte Frau Roth untauglich, um die Steuerbasis der Kommunen zu festigen. Das Modell entspräche dem bereits 2002/2003 von der Industrie eingebrachten Vorschlag, der von der seinerzeitigen Gemeindefinanzkommission mehrheitlich verworfen wurde.

Nach dem Modell, welches deutlich die Handschrift der FDP trägt, soll die Gewerbesteuer abgeschafft werden und die Kommunen würden stattdessen Zuschläge auf die Körperschaft- und Einkommensteuer erhalten. Frau Roth

spricht davon, dass damit das Band zwischen Wirtschaft und Stadt vollständig gekappt werden würde. Die Städte seien letztlich gezwungen, einseitig von ihren Bürgern höhere Steuern für die lokale Infrastruktur zu verlangen. Da zudem die Körperschaftsteuer in der Krise noch viel massiver eingebrochen sei, als die Gewerbesteuer, würde eine Umstellung auf diese Steuerbasis zu noch weniger Kalkulierbarkeit und Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen führen.

Roth betonte gegen diese Ambitionen, dass sich das heutige Steuersystem bewährt hätte, weil es durch ein etwa gleichgewichtiges Nebeneinander von wirtschaftsbezogenen und einwohnerbezogenen Elementen gekennzeichnet sei. Außerdem könne die Bundesregierung nicht einfach eine Reform gegen den Willen der Städte beschließen, weil das nicht verfassungskonform wäre.

Alternative
Kommunalpolitik,
Ausgabe 4/2010,
www.akp-redaktion.de